

Alles klar? Zum Konflikt im Informationsrecht

Landtagsabgeordnete sollen von der Landesverwaltung jederzeit Informationen zur Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeit erhalten. Dies fordert neben Johannes Kaiser (FBP) und zwei DU-Abgeordneten auch Günter Vogt, der die Gründe erläutert.



Günter Vogt
VU-Landtagsabgeordneter

Im Juli 2017 habe ich als Delegationsleiter für die OSZE an einem Workshop zum Informationsaustausch über «Psychoaktive Drogen» und mögliche Verbesserungsmaßnahmen in einer länderübergreifenden Zusammenarbeit in Minsk-Belarus teilgenommen. Eine psychotrope Substanz ist ein die menschliche Psyche beeinflussender Wirkstoff (bzw. eine Wirkstoffmischung). Dazu gehören z. B. auch sogenannte Badesalzdrogen. Die Zahl neu entdeckter Substanzen auf dem europäischen Drogenmarkt wächst seit Jahren, und die OSZE versucht, die Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und Anlaufstellen in diesem Bereich zu fördern. Gemäss den Ausführungen der Polizei von Belarus blockiert sie ca. 11 Internetseiten mit über 43 Shops, in welchen psychoaktive Drogen verkauft werden. Gemäss ihren Aussagen gibt es mittlerweile über 500 verschiedene Substanzen, welche auch nicht alle unter die entsprechenden gesetzlichen Richtlinien fallen.

Ablehnende Rückmeldung

Ich wurde angefragt, wie die Situation in Liechtenstein diesbezüglich aussieht. Diese war mir jedoch nicht bekannt, und so habe ich versucht, diese Informationen auf dem bilateralen Weg, mit einer einfachen Anfrage per E-Mail aus Belarus an die Landespolizei, zu erhalten, damit ich im Rahmen des Informationsaustausches die teilnehmenden Mitglieder des Workshops ad hoc hätte informieren



Mit einer Initiative wollen vier Abgeordnete die unbefriedigende Informationspolitik der Amtsstellen verändern.

Foto: iStock

können. Ich habe vom Polizeichef eine ablehnende Rückmeldung mit Verweis auf das Landesgesetzblatt 2003/108 des Geschäftsverkehrs- und Verwaltungskontrollgesetzes, kurz GVVKG, erhalten. In der E-Mail hiess es: «Leider muss ich dir mitteilen, dass Amtsstellen keine Anfragen von Landtagsabgeordneten direkt beantworten. Als Teil der Exekutive berichten wir an die Regierung, die ihrerseits im Rahmen der dem Landtag zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mittel Auskunft erteilt.»

Ernüchternde Antwort

Es darf auf diesem Weg festhalten werden, dass die angefragten Inhalte mit Sicherheit nicht dem Datenschutz unterstehen oder Informationen preisgegeben würden, die nicht ausschliesslich dem öffentlichen Interesse dienen wür-

den. Deshalb stellte ich nachfolgend im Rahmen einer Kleinen Anfrage im September-Landtag dieselben Fragen, um nun auf offiziellem Weg über das zuständige Ministerium an die Information zu gelangen. Ausserdem wollte ich weiters vom Regierungschef wissen, wie die Regierung die Informationspflicht gegenüber Landtagsabgeordneten sieht und wie Anfragen von Abgeordneten, welche allenfalls auch eine zeitliche Relevanz beinhalten, in einem sinnvollen und speditiven Rahmen beantwortet werden können. Die in einem sehr saloppen Ton verfasste Beantwortung der Kleinen Anfrage durch Regierungschef Adrian Hasler war ernüchternd. Anstatt eine Lösung zu versprechen, welche die Abgeordneten mit Blick auf das Informationsrecht unterstützt oder gar mögliche Verbesserungen zur

aktuellen Praxis vorzuschlagen, verwies der Regierungschef erneut auf das parlamentarische Mittel der Kleinen Anfrage.

Leider keine Ausnahme

Bisher hatte ich die Zusammenarbeit mit den Amtsstellen der Landesverwaltung als unbürokratisch empfunden und auf meine Fragen so gut wie immer eine Antwort erhalten. Nach Gesprächen mit anderen Landtagsabgeordneten wurde mir aber schnell klar, dass Auskunftsverweigerungen leider keine Ausnahme, sondern vielmehr auch an der Tagesordnung sind. Dies auch dann, wenn Informationen nur der parlamentarischen Arbeit bzw. der Arbeit in Delegationen oder Kommissionen dienen, in welchen wir übrigens das Land Liechtenstein im Ausland würdig vertreten sollen. Deshalb

haben vier Abgeordnete von VU, FBP und DU im letzten Dezember gemeinsam eine Initiative zur Verbesserung der Situation lanciert, in welcher die bestehende identische Lösung der Schweiz für dieses Informationsrecht gewählt wurde. Dass der Regierungschef sich nun auf die fehlende Verfassungsverträglichkeit beruft, war vorauszu-sehen. Nicht nur die Initianten sehen die Verfassungsverträglichkeit dieser parlamentarischen Initiative zur Stärkung des Informationsrechts des Landtags aber als gewährleistet an. Aufgrund dieser bipolaren Ausgangslage im Konflikt zwischen Regierung und den Unterzeichnern der Initiative werden sich nun wohl die Juristen austauschen müssen.

Warum nicht gleich?

Ich freue mich, dass der Regierungschef nun im Bericht und Antrag zu unserer Initiative wissen lässt: «Die Regierung ist bereit, dafür zu sorgen, dass hinsichtlich einfacher Informationsanfragen der Abgeordneten eine einheitliche Praxis in der Verwaltung gewährleistet wird.» Nicht nachvollziehen kann ich aber, dass er dies nicht bereits in der Beantwortung der Kleinen Anfrage gesagt hat. Denn dann hätte eine solche Initiative gar nie eingereicht werden müssen.

Musste sich der Regierungschef mit einer solchen Aussage wirklich so viel Zeit lassen? Offenbar tat er sich tatsächlich schwer damit. Denn die Frist für die Prüfung unserer Initiative wurde ebenfalls nicht eingehalten. Vom Chef der Exekutive, der gerade bei der Einhaltung von Gesetzen Vorbild sein sollte, erwarte ich mir da ein anderes Vorgehen. ■

Bei Bier, Glühwein und Raclette

Zum traditionellen «Fiiredbiar» lud gestern die VU-Ortsgruppe Triesen ein. Zahlreiche Interessierte folgten der Einladung und verbrachten einen gemütlichen Abend bei Bier, Glühwein und Raclette.



Beim gemütlichen Beisammensein konnten sich die VU-Mitglieder mit ihren Gästen austauschen.



Fotos: R. Schachenhofer

Aufgeschnappt

Überlegt unüberlegt

Der Neujahrsempfang ist für Regierungschef Adrian Hasler jeweils sehr anstrengend. Und zwar, weil «jeder mindestens einmal mit mir sprechen möchte», wie er Radio Liechtenstein wissen liess. Dabei sei er stets gefordert und müsse gut zuhören. Und letztlich stelle sich auch immer die Frage, was geantwortet werden könne und welche Aussagen er tätige. «Die werden dann für bare Münze genommen.»

Fazit der «Klar»-Redaktion:

Alle möchten mit dem Regierungschef sprechen – nur Johannes Kaiser nicht. Könnte das daran liegen, dass er fürchtet, er könne nicht alles für «bare Münze» nehmen, was der Regierungschef sagt?